



Elke Zacharias

Idee und Realisierung

Die Gedenkstätte am historischen Ort

Erschienen in:

AK Stadtgeschichte e.V. (Hg.): 10 Jahre Gedenkstätte KZ Drütte. Salzgitter 2004, S. 9.-18.

Am 1. April 1982 feierte die Stadt Salzgitter ihr 40-jähriges Jubiläum. Erstmals fand eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema "Salzgitter im Nationalsozialismus" statt. Volkshochschule und evangelische Erwachsenenbildungsstätte organisierten eine Veranstaltungsreihe mit sechs Vorträgen, deren Schwerpunkte die Fragen der "Machtergreifung", der NS-Justiz im Lande Braunschweig, der Evangelischen Kirche in Salzgitter, der NS-Industriepolitik und Gründung der Stadt, der Geschichte der "Hermann-Göring-Werke" und der NS-Betriebspolitik und das Verhalten der Arbeiterschaft in Salzgitter behandelten.

Wie nach jahrzehntelangem Verschweigen und Verdrängen des größten Teils dieser Themen zu erwarten war, verliefen die Diskussionen im Anschluss an die sehr gut besuchten Vorträge ausgesprochen kontrovers. Die Reaktionen reichten vom „nicht gewusst“ bei vielen, über „Stolz, die Front nicht im Stich gelassen“ zu haben, bis hin zu Verbitterung über erlittenes Unrecht bei Betroffenen der älteren Generation.

Bei vielen jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wuchs das Interesse, mehr zu erfahren. So kam es am 2. April 1982 bei einem von der Stadt organisierten Podiumsgespräch zum Eklat, da kritische Fragen aus dem Publikum vom Diskussionsleiter Dr. Verhey (Leiter des NDRStudios Braunschweig) bewertet und zum Teil nicht zugelassen wurden.¹

Die tatsächlichen politischen Inhalte dieser Auseinandersetzung wurden sowohl im NDR als auch in den regionalen Tageszeitungen verschwiegen. Dies scheint darin begründet gewesen zu sein, dass die Podiumsteilnehmer fast ausschließlich "Personen des öffentlichen Lebens", einige sogar Ehrenbürger der Stadt waren. Deutlich wird an diesem Beispiel, wie schwer es auch fast 40 Jahre nach Kriegsende noch war, sich mit der eigenen Stadtgeschichte auseinander zu setzen. Motiviert durch die Veranstaltungen, aber auch durch die Empörung über die Ignoranz einiger Bürgerinnen und Bürger, gründeten Interessierte den Arbeitskreis Stadtgeschichte, um gemeinsam Aufklärungs- und politische Bildungsarbeit im Bezug auf die NS-Geschichte zu leisten.

Eine erste "alternative Aktion" fand am 6. Mai 1982 statt.

Während im Ratskeller die geladenen Gäste eines Stadtempfanges den Vortrag von Prof. Riedel über die "Vorgeschichte und Entstehung der Reichswerke und der Stadt" hörten, fand auf dem Friedhof Westerholz auf Einladung des Arbeitskreises Stadtgeschichte eine Gedenkstunde statt. Die Ansprache von Albrecht Materne fasste das Anliegen der 200 Anwesenden – fast alle waren durch die Vortragsreihe animiert worden - zusammen:

„Auch bei der 40-Jahr-Feier der Stadt, die in diesem Augenblick stattfindet, wird intensiver der eigenen Gruppe als der Fremden der jüngsten Stadtgeschichte gedacht. Kränze sind für sie in diesen Tagen nicht niedergelegt worden [...] Wer bei der 40-Jahr-Feier der Stadt allein verdiente Männer ehrt, die Opfer des Nationalsozialismus aber nicht, geht nicht von der Gleichheit der Menschen aus. [...] Die Toten von Watenstedt-Salzgitter, Zwangsarbeit, menschenunwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zehntausenden von Menschen gehören zur Geschichte dieser Stadt. Wir gedenken in diesem Augenblick der vergessenen Opfer. Unsere Gedenkfeier ist ein notwendiges Korrektiv zu der Veranstaltung in Salzgitter-Bad.“

Während die Lokalpresse über die offizielle Geburtstagsfeier beim "Stadtempfang 1982" wohlwollend berichtete, wurde die gleichzeitig stattfindende Gedenkfeier am Ehrenfriedhof

¹ Salzgitter Zeitung, 4. April 1982, "Eine Liebeserklärung an Salzgitter"

Kontrovers hierzu: Stadtzeitung für Braunschweig, Nr. 4, Mai 1982, "Salzgitter im Nationalsozialismus".

Westerholz verschwiegen. Die Veranstaltungsreihe und die Gedenkfeier waren für viele Menschen in Salzgitter der Anstoß, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Im Frühjahr 1983 beantragten Betriebsrat und Jugendvertretung der Stahlwerke Peine-Salzgitter in Absprache mit dem Arbeitskreis Stadtgeschichte beim Konzernvorstand erstmals die Errichtung einer Gedenkstätte in den noch erhaltenen Unterkünften des ehemaligen KZ Drütte unter der Hochstraße auf dem Hüttengelände.

Neben der Anbringung einer Gedenktafel sollten die betrieblich genutzten Räume für eine Dokumentationsstätte zur Verfügung gestellt werden. Zwar wurde ihre Hoffnung auf eine "kurzfristige Realisierung" enttäuscht, diese Bemühungen setzten jedoch einen jahrelangen Kampf um die Errichtung einer Gedenkstätte in Gang. Bis zum Herbst 1983 wurden die Forderungen nach einer Gedenkstätte immer massiver.

Der Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. lud daher im Dezember zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel "*Gedenkstätten als Lernorte*" ein. Referate von Fachwissenschaftlern verdeutlichten die einmalige Chance der Bildungsarbeit am historischen Ort.

Dem Engagement vieler Interessierter ist es zu verdanken, dass in der Öffentlichkeit immer wieder die Forderung nach der Errichtung einer Gedenkstätte erhoben wurde. Alternative Stadtrundfahrten, Informationsveranstaltungen und Vorträge - also die konsequente Aufklärung über die Geschichte der Stadt - waren die Grundlage für den Aufbau einer breiten Lobby.

Die in den frühen achtziger Jahren begonnene intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus, die stark in der "Geschichtswerkstätten-Bewegung" verankert war, erfuhr 1985 ihren Höhepunkt.

Der 40. Jahrestag des Kriegsendes löste in der Bundesrepublik eine wahre Flut von Fernsehsendungen, Zeitungsartikeln, Vorträgen, Gedenkfeiern und anderen Veranstaltungen aus. 1985 brachte erste Erfolge im Kampf um eine Gedenk- und Dokumentationsstätte in den Unterkunftsräumen des ehemaligen KZ Drütte, aber auch sehr viele Rückschläge.

Zum 40. Jahrestag der Befreiung der Stadt Salzgitter durch die amerikanischen Alliierten organisierte der Betriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter eine Gedenkfeier auf dem ehemaligen Appellplatz. Erstmals wurde damit offiziell am Ort des Geschehens der KZ-Opfer gedacht.

Anfang März 1985 war der Konzernvorstand über dieses Vorhaben informiert worden. Dieser genehmigte die Veranstaltung und sagte darüber hinaus die Teilnahme eines Vorstandsmitgliedes zu. Die intensiven Vorbereitungen der Gedenkfeier beschränkten sich nicht nur auf Salzgitter.

Mit Hilfe der "Amicale Internationale de Neuengamme" sollte ein ehemaliger Häftling des KZ Drütte gefunden und zu der ersten Gedenkfeier eingeladen werden. Pierre Restoueix aus Frankreich nahm die Einladung an.

Der 11. April 1985 bedeutete eine Zäsur. Vor mehr als 500 Gästen machte der Betriebsratsvorsitzende Walter Gruber in seiner Eröffnungsrede deutlich, warum das Gedenken an diesem Ort - im ehemaligen KZ Drütte - seine unbestreitbare Berechtigung habe:

„[...] Für uns in Salzgitter gibt es keinen Zweifel darüber, wie und an welchem Ort wir über die Bedeutung des Kriegsendes 1945 nachzudenken haben. [...] Wir haben uns deshalb an einem Ort eingefunden - zum ersten Mal in der Geschichte dieser Stadt- der wie kein anderer dazu geeignet ist, über die nationalsozialistische Diktatur in Salzgitter nachzudenken: Der Appellplatz des ehemaligen KZ Drütte. Es gibt in Deutschland wenige Orte, an denen die enge Ver-

flechtung von Großindustrie, Konzentrationslagern und Zwangsarbeit atmosphärisch und optisch so deutlich erkennbar wird, wie hier im ehemaligen KZ Drütte.“

Diesem Bezug zum historischen Ort und damit der Forderung nach einer angemessenen dauerhaften Möglichkeit des Gedenkens widersprach der Arbeitsdirektor Dr. Günter Geisler zwar nicht direkt, fasste die Verantwortung des Konzerns jedoch nur in vagen Worten:

„Der Vorstand der Peine-Salzgitter AG fühlt sich verpflichtet, anlässlich der 40. Wiederkehr des Tages der Befreiung des KZ-Außenlagers Neuengamme auf dem Gelände der damaligen Reichswerke sich zu diesen geschichtlichen Vorgängen zu bekennen.“

Nur wenige Tage vor der Gedenkfeier war auf Betreiben des Betriebsrates an einem der Unterkunftsblocks eine Gedenktafel angebracht worden. So bekam der eindringliche Appell am Schluss der Rede von Walter Gruber "Wir haben heute nicht nur geredet, nicht nur nachgedacht, sondern auch gehandelt, setzen wir das fort!" fast den Klang eines Schlachtrufes.

Für die Befürworter einer Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte wurde es zum Hauptziel, mit Aktivitäten Zeichen zu setzen. Eine Woche nach der Gedenkfeier fand im Fürstensaal des Museums Schloss Salder eine gut besuchte Veranstaltung des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V. statt. An der Diskussionsrunde „7.4. 1945 - Befreiung Salzgitters vom Nationalsozialismus - Kriegsende und Ende der Zwangsarbeit“ nahmen neben ehemaligen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen auch Bürgermeister Willi Blume, der Vorstandsvorsitzende der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, Kurt Stähler, Walter Gruber und für den Arbeitskreis Stadtgeschichte Gerd Wysocki und Herbert Scheibe teil. In der lebhaften Diskussion zur Frage der Errichtung einer Gedenkstätte wurde deutlich, dass die Konzernleitung zwar bereit war, die Bemühungen um eine würdige Gedenkstätte zu unterstützen, dies jedoch aus Gründen der „betrieblichen Infrastruktur“ und aus „sicherheitstechnischen Gründen“ nicht in den noch vorhandenen Räumen des ehemaligen KZ Drütte möglich sei. Erstmals kam das Vorhaben ins Gespräch, die gesamte Hochstraße abzureißen - eine Information, die schnell Aktivitäten nach sich zog, dies zu verhindern.

Die politischen Gremien wurden nun massiv eingebunden, Kooperationspartner gesucht und Lobbyarbeit geleistet. Ein Antrag der GRÜNEN im Rat der Stadt, eingebracht durch den Geschäftsführer des Betriebsrates, Christoph Großmann, wurde in der Ratssitzung vom 22. Mai 1985 behandelt. Ein wichtiger Punkt war hierbei die Auflage, alle Gebäude des ehemaligen KZ Drütte unter Denkmalschutz zu stellen. Zeitgleich beschäftigte sich im niedersächsischen Landtag der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mit der Frage um die Errichtung der Gedenkstätte.

Eine vom Betriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG vorbereitete EntschlieÙung, die an alle Salzgitteraner Betriebe, die IG Metall Verwaltungsstellen im Bezirk, den IG Metall Vorstand Frankfurt, den DGB, die Rats-, Landtags- und Bundestagsfraktionen, an Vertreter der Medien und viele andere weitergegeben wurde, fand überwiegend Zustimmung. Die ablehnende Haltung der Konzernleitung der Peine-Salzgitter AG spiegelt sich in einem Schreiben des Vorstandsvorsitzenden und des Arbeitsdirektors an den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Salzgitter wider. Neben den bekannten Argumenten führten sie aus, dass der räumliche Bezug zu den Lagern - das Hauptargument für die Errichtung der Gedenkstätte auf dem Werksgelände - auch durch die Gestaltung und Art der Gedenkstätte an einem anderen Ort innerhalb der Stadt Salzgitter hergestellt werden könne.

Ein Bestandsschutz für die Altanlagen und Bauwerke innerhalb des Hüttengeländes und damit insbesondere auch für die Hochstraße könne nicht gegeben werden. Dies vor allem deshalb, weil man als „ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen zur Sicherung von Produk-

tionsstandorten und Arbeitsplätzen sowohl die Weiterentwicklung bestehender Produktionsanlagen, wie auch den Einstieg in zukunftssichernde neue Technologien“² leisten müsse.

Die Gestaltung einer betriebsoptimalen Infrastruktur wäre durch die Errichtung der Gedenkstätte nicht sichergestellt. Es sei daher der Vorschlag zur Errichtung einer zentralen Gedenkstätte im Stadtgebiet von Salzgitter zu verfolgen.

Das bundesweite Interesse an den Aktivitäten in Salzgitter zeigte sich vor allem auch im Spiegel der Medien. Artikel in überregionalen Zeitungen und Rundfunkberichte zeugen davon. Medienvertreter hatten es allerdings sehr schwer, auf das Werksgelände zu gelangen bzw. Archiv oder Informationsmaterialien zu erhalten. Der Betriebsrat half oft, Journalisten den Zugang auf das Gelände zu ermöglichen. Regelmäßig erhielten sie dafür Zurechtweisungen durch den Konzernvorstand.

Für ein Kamerateam des Norddeutschen Rundfunks endeten die Aufnahmen im Februar 1986 vor den Werkstoren. Zusammen mit zwei ehemaligen Häftlingen des KZ Drütte wollten sie die Gedenktafel und das ehemalige Lagergelände sehen. Der Konzernvorstand verweigerte nicht nur die Drehgenehmigung, sondern auch "jegliche Herausgabe von Dokumenten aus dieser Zeit". In einem Schreiben des Konzernvorstandes an den NDR wird dies mit den Worten „[...] daß wir von der Wahrung der Pflicht zur objektiven Berichterstattung durch Funk und Fernsehen nicht überzeugt werden konnten. [...] und sehen daher Ihr Anliegen als erledigt an.“³ verdeutlicht. Das Team wurde zunächst nicht einmal zu einem langfristig abgesprochenen Gesprächstermin mit dem Betriebsrat auf das Gelände gelassen.

Erst als der Betriebsratsvorsitzende Walter Gruber den Vorstand darauf hinwies, dass das Interview in seinem Büro stattfinden solle, erteilte der Vorstand nach längerer Beratung die Einfahrtsgenehmigung. Das NDR Team wurde daraufhin vom Werkschutz bis zum Betriebsratsbüro eskortiert.

Im Mai 1985 wurde das Komitee zur Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte gegründet. Es hatte zum Ziel, die breite Solidarität zu bündeln. Den Vorsitz und die Koordination übernahm Erwin Thielen vom DGB, Kreis Salzgitter. Unterstützung kam von ehemaligen Häftlingen und deren internationalen Organisationen sowie vom Zentralrat der Juden, dem Zentralverband der Sinti und Roma, aber auch von Parteien, Betriebsräten, Gewerkschaften und der Kirche bis hin zu Institutionen, die ähnliche Ziele an anderen Orten verfolgten. Auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger bekundeten per Unterschrift ihre Zustimmung. In den folgenden Jahren übernahm das Komitee für viele Veranstaltungen und andere Aktionen die Verantwortung. Ein wichtiges Anliegen war z.B. die Erarbeitung und Herausgabe eines fundierten Konzepts für eine Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte. Erstmals wurde mit dieser Broschüre eine Darstellung der Möglichkeiten für eine Ausstellung und die pädagogische Arbeit einer Gedenkstätte im Hüttenwerk veröffentlicht.

² Vgl. Komitee Dokumentationsstätte KZ Drütte (Hrsg.), Pressespiegel und Dokumentation. Zur Forderung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte, Salzgitter 1987, S. 54.

³ NDR Sendung extra drei, März 1986.

„Aus den dargelegten Gründen erhalten Sie keine Zustimmung ...“

Seit der Gedenkfeier im April 1985 war das Interesse, das ehemalige KZ zu besichtigen, stark gestiegen. Anfragen von Schulen, Gewerkschaftern, Kirchen und anderen Interessierten wurden vom Konzernvorstand immer wieder mit Standardformulierungen wie „Die Hochstraße ist integraler Bestandteil unseres Werkes Salzgitter [...] Dieser öffentliche Zugang ist innerhalb unseres Betriebsgeländes -ebenso wie bei anderen Industrieunternehmen auch - aus sicherheitstechnischen Gründen nicht möglich. [...] Es gibt in Salzgitter bereits mehrere öffentlich zugängliche Gedenkstätten, z. B. Jammertal“⁴ abgelehnt.

Nur mit Unterstützung des Betriebsrates war es möglich, diese Absagen zu umgehen. Auf seine Einladung konnten einige Besuchergruppen das ehemalige KZ und damit auch die Gedenktafel besichtigen.

Der Vorstand der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG versuchte immer wieder, den Friedhof Jammertal als Alternative zu einer Gedenkstätte im ehemaligen KZ Drütte ins Gespräch zu bringen. Der Tenor war: Gedenken ja - jedoch nicht in Verbindung mit dem authentischen Ort und damit in optischer Verbindung zum Werk.

So wurde auch der Idee des Betriebsrates, die Rasenfläche unter der Gedenktafel auf dem ehemaligen Appellplatz in Eigenarbeit neu zu gestalten, eine Absage erteilt. In einer gemeinsamen Aktion von Betriebsrat, Vertrauenskörperleitung und Konzernvorstand sollten diese Arbeiten am 5. Oktober 1985 durchgeführt werden. Die Planungen sahen eine Bepflanzung und das Setzen von Kantensteinen vor. In einem Schreiben erläuterten Vorstandsvorsitzender und der Arbeitsdirektor, dass dieses Vorhaben nicht genehmigt würde. Die umfassende Argumentation in Bezug auf die Ablehnung der Pflegearbeiten erscheint unverhältnismäßig, zeigt jedoch, dass die Konzernleitung eine „schleichende“ Etablierung der Gedenkstättenidee befürchtete.

Um aber nicht in den Ruf des „Nicht-Mahnen-Wollens“ zu kommen, wurde als Alternative die Teilnahme an gemeinsamen Pflegearbeiten auf dem Friedhof Jammertal angeboten. Am Volkstrauertag trafen sich Gewerkschafter und Mitglieder des Vorstandes der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG auf dem Friedhof Jammertal zum „Laubfegen“.

Wie ernst diese Pflegearbeiten genommen oder ob sie nur als "Pflicht" angesehen wurden, sei dahin gestellt. Filmaufnahmen zeigen sehr deutlich die Unterschiede: Während die Mitglieder des Vorstandes überwiegend im Anzug und Mantel erschienen, brachten die Gewerkschafter zumindest die passende Kleidung und Arbeitsgeräte mit. In einer Presseerklärung des Betriebsrates zu diesen Pflegearbeiten erläuterte Walter Gruber, wie es zu dieser Veranstaltung kam und welche Schlüsse daraus nicht gezogen werden dürfen:

„[...] Für den Betriebsrat und die IG-Metall sind diese Pflegearbeiten im Jammertal kein Ersatz für die würdige Gestaltung des Umfeldes der Gedenktafel am ehemaligen KZ Drütte. Hier ist der Vorstand noch in der Pflicht. Die Teilnahme von Gewerkschaftern an den Pflegearbeiten im Jammertal bedeutet keinesfalls, daß sie ihre Forderung nach Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte aufgeben.“⁵

⁴ Schreiben vom 7. Oktober 1985, Archiv des AK Stadtgeschichte.

⁵ Presseerklärung vom 16. November 1987, HR Archiv SZ AG.

Der demokratische Weg oder Die hohe Politik

Seit Mitte 1985 formierte sich der „Kampf um eine Gedenkstätte“ auch besonders im Bereich parlamentarischer Anfragen und Anträge. So wurde im Mai ein Antrag der Grünen im Rat der Stadt Salzgitter behandelt, der klare Forderungen aufstellte:

- Der Rat der Stadt solle sich für eine Gedenk- und Dokumentationsstätte im ehemaligen KZ Drütte aussprechen.
- Die Verwaltung solle die Gebäude unter Denkmalschutz stellen lassen und außerdem bei Land und Bund vorstellig werden, um finanzielle Mittel einzuwerben.
- In Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, den Gewerkschaften, dem Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. und dem Vorstand der Stahlwerke Salzgitter solle mit der Verwaltung eine Konzeption entwickelt werden.

Dieser Antrag wurde im Dezember mit den Stimmen der SPD und der Grünen angenommen. Auch im Niedersächsischen Landtag und im Bundestag beriet man über Anträge aus Salzgitter. Auf Initiative des Arbeitskreises Stadtgeschichte, gewerkschaftlicher Gremien, der Grünen und der SPD wurden Anträge und Anfragen an die Parlamente oft durch Informationsveranstaltungen veranschaulicht.

So kam der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Niedersächsischen Landtages vor seiner Beratung zu einem informativen Ortstermin in das ehemalige KZ Drütte. Im Bundestag wurde zeitgleich mit der Beratung die Ausstellung „Das KZ im Hüttenwerk“ gezeigt.

Die Initiatoren werteten die Genehmigung für den Aufbau der Ausstellung durch den Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger als überparteiliches Interesse, da Ausstellungen im Bundeshaus nur sehr selten stattfinden durften. Betriebsratsmitglieder und Vertreter des Arbeitskreises Stadtgeschichte hatten die Möglichkeit, Abgeordnete in den Sitzungspausen durch die Dokumentation zu führen. Ein Höhepunkt parlamentarischer Anfragen war eine Beratung im Europäischen Parlament in Straßburg.

Die Veranstaltung am 16. Dezember 1987 war von der Abgeordneten der Grünen, Brigitte Heinrich, gemeinsam mit der sozialistischen, der kommunistischen und der Regenbogenfraktion organisiert worden. Im Anschluss an die Lesung "Letzte Briefe aus dem KZ" von Hanne Hiob- Brecht, der Tochter Bertolt Brechts, hielt Walter Gruber eine Rede vor dem Parlament. Er informierte nicht nur über die Geschichte des KZ Drütte und dessen Bedeutung für die Darstellung der Verflechtung von Industrie und NS-Wirtschaft, sondern fand auch deutliche Worte, die die ablehnende Haltung des bundeseigenen Stahlunternehmens hervorhoben. Brigitte Heinrich forderte das Parlament nachdrücklich auf, die Forderungen der Beschäftigten der Stahlwerke Peine- Salzgitter AG und des Gesamtbetriebsrates zu unterstützen und „die auf dem Gelände dieses Unternehmens im ehemaligen Konzentrationslager Drütte gequälten und zu Tode geschundenen Zwangsarbeiter-/innen durch die Errichtung einer antifaschistischen Gedenk- und Dokumentationsstätte am Ort ihrer Leiden zu ehren.“

Am 22. Januar 1988 stimmte die Mehrheit von 262 Abgeordneten aus allen Fraktionen des Europäischen Parlamentes - die äußerste Rechte ausgenommen - dieser Resolution zu.

Die Konzernleitung reagierte auf alle politisch-parlamentarischen Beschlüsse mit beharrlicher Ablehnung. Diese Verweigerungshaltung verfehlte ihre Wirkung speziell auf die Verwaltung der Stadt nicht.

So befasste sich der Rat der Stadt schon am 11. Juni 1987 wieder mit dem Thema "Gedenk-

und Dokumentationsstätte KZ Drütte". Für diese Ratssitzung wurde eine umfangreiche Vorlage vorbereitet, in der die Thematik aus der Sicht der Verwaltung behandelt wurde. Diese Verwaltungsvorlage war zusammen mit einer zusätzlichen Stellungnahme des Oberstadtdirektors Dr. Gröttrup in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert, übernahm sie doch die jahrelange Argumentation des Konzernvorstandes, während die Argumente des Komitees und des sach- und ortskundigen Betriebsrates keine Erwähnung fanden. Die Vorlage endete mit einer Beschlussempfehlung, in der die Verwaltung aufgefordert wurde, mit der Sammlung von Dokumenten zu beginnen, die vorläufig im Museum Salder ausgestellt werden sollten. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der SPD und CDU angenommen. Um den Entscheidungsprozess in Bezug auf die Frage des Ortes einer Gedenk- und Dokumentationsstätte zu forcieren, hatte die Stadt eine Expertenkommission bestellt. Ihr gehörten Barbara Distel (Gedenkstätte Dachau), Dr. Ludwig Eiber (Gedenkstätte Neuengamme), Dr. Wolfgang Benz (Institut für Zeitgeschichte) und Ulrike Puvogel (Bundeszentrale für politische Bildung) an. Im Rahmen eines zweitägigen Aufenthaltes hatte diese Kommission Gespräche mit zuständigen Stellen geführt, die zur Diskussion stehenden Standorte besichtigt und vor allem Vertreter interessierter und beteiligter Gruppen und Organisationen zu einer Anhörung eingeladen. Diese Anhörung bestätigte die breite Zustimmung für den Standort des ehemaligen KZ Drütte. Die Kommission sprach sich im Herbst 1989 trotzdem für eine "vorläufige" Lösung im ehemaligen Lager 21 oder in den ehemaligen Lagern 8/10 aus, obwohl dort keine Gebäude mehr vorhanden waren und Rekonstruktionen notwendig gewesen wären.

Bei einer Anhörung des Kulturausschusses der Stadt im Januar 1990 lehnten die Mitglieder des Komitees Dokumentationsstätte KZ Drütte diesen Entschluss vehement ab. Das eindeutige Votum lautete „[...] jetzt nicht voreilig gegenüber den Stahlwerken nachzugeben und eine schlechte Ersatzlösung zu akzeptieren. Es wäre schlimm, wenn die einmalige Chance, die historischen Gebäude unter der Hochstraße zur Gedenkstätte zu machen, jetzt dadurch verspielt würde, daß man mit einer Ersatzlösung Fakten schafft, die eine Durchsetzung der Gedenkstätte am authentischen Ort unmöglich machen würden.“⁶

Obwohl diese Haltung die logische Konsequenz aus den Diskussionen der vorangegangenen Jahre war, barg sie die Gefahr, dass sich zum einen eine gewisse Resignation bei den Beteiligten einstellte und, dass zum anderen die Durchsetzung auf Grund des Verkaufes der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG an die Preussag erschwert werden könnte.

"Im gemeinsamen Willen, die Erinnerung wachzuhalten ... "

Seit 1985 hatten jährlich am 11. April von Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung organisierte Gedenkfeiern auf dem Appellplatz im ehemaligen KZ Drütte stattgefunden. Redner aus Politik, Gewerkschaftskreisen, Kirchen und anderen Bereichen waren ebenso regelmäßige Teilnehmer wie ehemalige Häftlinge und deren Angehörige. Traditionen waren entstanden: Treffen am Tor 1, Schweigemarsch zum Appellplatz, gemeinsames stilles Gedenken, Reden und Kranzniederlegungen. Nach den jahrelangen engagierten Aktionen, dem steten Kampf um die Errichtung der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte waren neue Ideen und Projekte notwendig, um die Diskussionen weiterhin in der Öffentlichkeit führen und noch mehr Menschen für das Thema interessieren zu können.

Zum einen brachten die politischen Veränderungen, der "Mauerfall" und die "Wiedervereinigung", eine Verlagerung der Aktivitäten, zum anderen war gerade im Bereich der Gedenkstätten eine neue Entwicklung zu beobachten. In Niedersachsen war die Gedenkstätte Ber-

⁶ Schreiben vom 23. Januar 1990, Archiv AK Stadtgeschichte e.V.

gen-Belsen neu gestaltet worden und zur Landesgedenkstätte avanciert. Gleichzeitig wurde von der Landesregierung ein Haushaltsposten zur Förderung regionaler Gedenkstätten eingerichtet. Die politische und finanzielle Unterstützung ermöglichten neue Projekte, wobei Salzgitter nach Ansicht des wissenschaftlichen Beirates eine der dezentralen, themenbezogenen Gedenkstätten in Niedersachsen werden sollte. Das Komitee unterstützte daher die Idee des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V., das Projekt "Zeitzeugen des Nationalsozialismus" durchzuführen.

Ziel war es, in aller Welt Überlebende der Konzentrationslager in Salzgitter zu suchen, deren Erinnerungen zu sammeln und auszuwerten und gleichzeitig ein internationales Treffen ehemaliger KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter zu organisieren. Das Treffen sollte zum fünfzigjährigen Stadtjubiläum am 1. April 1992 stattfinden. Die Vorbereitungen wurden von den unterschiedlichsten Organisationen und Initiativen unterstützt.

Zur Finanzierung des Besuchsprogramms dieses Treffens wurden Spenden eingeworben. Zeichen sollten gesetzt, politische Diskussionen neu belebt werden: Ehemalige Häftlinge kommen an den Ort ihrer Leiden und Zwangsarbeit zurück- an den Ort, an dem ein uneinsichtiger Konzern einer Gedenkstätte nicht zustimmen will. Diese Intention verlor jedoch für die meisten völlig überraschend ihre Grundlage.

Am 27. Januar 1992 hatten die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG und der Gesamtbetriebsrat der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG eine Vereinbarung unterzeichnet, in der die Bereitstellung eines Gedenkraumes unter der Hochstraße zugesichert wurde. Darin heißt es: „in dem gemeinsamen Willen, die Erinnerung an Geschehnisse der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Salzgitter wachzuhalten, verabreden die Vertragsparteien die nachfolgende abschließende Regelung zur Gestaltung eines Gedenkraumes.“⁷

Als Träger der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte wurde der Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. eingesetzt. Bis heute ist nicht klar erkennbar, warum der Konzernvorstand seine jahrelange strikte Ablehnung aufgab. In den Akten finden sich keine eindeutigen Hinweise darauf. Es kann lediglich darüber spekuliert werden, ob die Privatisierung die Möglichkeiten dafür geschaffen hatte oder ob politische Umstände Einfluss nahmen.

Möglicherweise hat auch die Aussicht auf das Politikum „Internationales Treffen ehemaliger KZ-Häftlinge“ zum fünfzigjährigen Stadtjubiläum die Entscheidung forciert. Fest steht, dass ein personeller Wechsel der Verantwortlichen nicht stattgefunden hatte. Maßgeblich war der Vorstandsvorsitzende Dr. Ernst Pieper an der nun getroffenen Entscheidung beteiligt. Die Bereitstellung eines Raumes unter der Hochstraße wurde von den meisten Komiteemitgliedern als ein erster Schritt gewertet, hatte man doch in dem 1989 erstellten Konzept die Nutzung aller ehemaligen Unterkunftsräume als Gedenkstätte angestrebt. Dennoch war es ein großer Schritt: Die in der Vereinbarung getroffenen Regelungen wurden so formuliert, dass sie nicht zu einer inhaltlichen Zensur führen konnten. Dies wäre nicht unvorstellbar gewesen, denn die enge Verknüpfung des Werkes mit dem KZ und dem Einsatz der Zwangsarbeiter sollte - und ist es schließlich auch - Schwerpunkt der Dokumentation werden. Das Internationale Treffen ehemaliger KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter bekam somit eine andere Funktion. Es wurde zur ersten Veranstaltung in der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte: Etwa 180 ehemalige Häftlinge waren aus ganz Europa zu Besuch gekommen.

⁷ Vereinbarung vom 27. Januar 1992, Archiv AK Stadtgeschichte e.V.

Herbert Wittek, Betriebsratsvorsitzender der Preussag Stahl AG, führte in seiner Ansprache aus, was alle an der Organisation Beteiligten, alle Redner und besonders die ausländischen Gäste begrüßten:

„In diesem Jahr hat die Gedenkstunde einen besonderen Stellenwert, und dies besonders in zweierlei Hinsicht. Zum einen findet sie in unmittelbarem Bezug zum fünfzigjährigen Geburtstag der Stadt Salzgitter statt, und zum anderen hat sich der Vorstand der Peine-Salzgitter AG nach langem Ringen für die Errichtung eines Gedenkraumes - hinter diesen Fenstern - ausgesprochen. Wir sind über die Entscheidung des Vorstandes tief befriedigt. Die einmalige Chance, am authentischen Ort dem dunkelsten Kapitel der Entstehungsgeschichte dieses Werkes und der Stadt nachspüren und die Atmosphäre nachempfinden zu können, wird so doch noch wahrgenommen. Zum historischen Ort gab es keine Alternative“⁸

Die Erarbeitung eines neuen Konzepts für die Gedenkstätte war nach der unerwarteten Übergabe eines Raumes unter der Hochstraße eine der wichtigsten Aufgaben. Aus Sicherheitsgründen notwendige Umbauten und bauliche Rekonstruktionen an den seit 1988 unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden des ehemaligen KZ Drütte fanden in Absprache mit den zuständigen Fachleuten statt. Der Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. war für die Beschaffung der Finanzmittel zum Aufbau der Gedenkstätte zuständig.

Eine der grundlegenden Fragen war in diesem Zusammenhang, wie weit sich die Preussag Stahl AG finanziell oder durch Sachleistungen an der Gestaltung beteiligen würde. Mit Unterstützung der IG Metall Salzgitter und des Betriebsrates der Preussag Stahl AG führten Gespräche mit der Konzernleitung zum Erfolg. Sachleistungen, wie z.B. der Stahl für die Ausstellungskuben oder die Arbeit einzelner Abteilungen halfen die Kosten zu senken. Mehrere hunderttausend DM erhielt der Arbeitskreis Stadtgeschichte vom Land Niedersachsen, Stiftungen und privaten Spendern, um den Aufbau der Gedenkstätte leisten zu können.

Zur Gedenkfeier am 11. April 1994 wurde die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte in Anwesenheit einiger ehemaliger KZ-Häftlinge, vieler Vertreter des Konzerns, der Politik, der Gewerkschaften und zahlreicher Interessierter der Öffentlichkeit übergeben. Das Raumkonzept war umgesetzt und der erste Teil der Dauerausstellung war fertig gestellt. Zum 50. Jahrestag der Befreiung fand erneut ein internationales Treffen ehemaliger KZ-Häftlinge statt, organisiert vom Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. und unterstützt von den Mitgliedern des Förderkreises Gedenk- und Dokumentationsstätte Drütte. Der letzte Teil der Dauerausstellung wurde vorgestellt, ein Jahr aktive Gedenkstättenarbeit war geschafft. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde zum einen positive Bilanz gezogen, zum anderen wurden weitere Überlegungen zur Etablierung der Gedenkstätte nicht nur im Werk und in der Stadt diskutiert. Eine Voraussetzung für die kontinuierliche Arbeit der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte war und ist eine hauptamtliche Stelle.

Zwar waren seit Beginn des Kampfes um die Gedenkstätte viele engagierte Ehrenamtliche, teilweise unterstützt durch ABM-Kräfte des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V. immer bereit für das gemeinsame Anliegen einzutreten; trotzdem wurde deutlich, dass eine „lebendige“ Gedenkstätte nur mit festem Personal funktionieren kann. Die Finanzierung der beim Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. beschäftigten Leiterin der Gedenkstätte wird heute vom Land Niedersachsen, der Stadt Salzgitter und durch Spenden geleistet. "Den Raum mit Leben zu füllen", wie es der Betriebsratsvorsitzende Herbert Wittek anlässlich der Eröffnung der Gedenkstätte ausdrückte, reicht nicht. Alle Beteiligten waren sich einig, dass die Gedenkstät-

⁸ Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. (Hrsg.), Internationales Treffen 1992, Salzgitter 1992, S. 28.

tenarbeit darüber hin ausgehen muss. Schon bei der Raumkonzeption war darauf geachtet worden, dass Sonderveranstaltungen in der Gedenkstätte möglich sind.

Neben den jährlich stattfindenden Gedenkstunden zum 11. April, wurden und werden dort Sonderausstellungen und Theaterstücke gezeigt, Vorträge gehalten, Musikveranstaltungen organisiert und andere Projekte durchgeführt. Seit Eröffnung der Gedenkstätte hat sich die Besucherstruktur verändert: Waren es in den ersten Jahren überwiegend Gruppen aus den Schul- bzw. Ausbildungsbereichen der Region, kommen nun nahezu gleichgewichtig auch überregionale bzw. außerschulische Gruppen.

Wegen der besonderen Lage der Gedenkstätte ist ein individueller Zugang für Besucher nur sehr eingeschränkt möglich. Besuchsgruppen kommen daher immer mit kompetenter Führung durch Haupt- oder Ehrenamtliche des Arbeitskreises Stadtgeschichte e.V. in die Gedenkstätte. Dies bietet die Möglichkeit, ganz besonders auf die Bedürfnisse der Gruppen einzugehen.

Gedenkstättenarbeit darf nicht im "Erinnern und Mahnen" verharren, sondern muss auch die Auseinandersetzung und intensive Diskussionen, auch aktueller gesellschaftspolitischer Themen, in Gang bringen. Die Angebote der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte sind daher umfassend. Sie beziehen sich nicht nur auf den Mikrokosmos der Region, sondern gehen auch auf nationale und internationale Kooperationen mit anderen Institutionen und Initiativen ein. Für Niedersachsen bedeutet dies eine aktive Mitarbeit im Sprecherrat der seit Januar 2000 bestehenden Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen. Die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte, ihre Angebote und die kompetente pädagogische Arbeit sind heute im In- und Ausland be- und anerkannt.

Das bisher Erreichte ist - besonders in Anbetracht des 10jährigen Kampfes um die Errichtung der Gedenkstätte enorm, darf jedoch nicht zum Endstadium werden. Gedenkstättenarbeit ist einem ständigen Wandel und einer unbedingten Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen unterworfen. In Zukunft muss die Frage, ob der Verlust der Zeitzeugen und die zeitliche Distanz zum Geschehen eine Zäsur in der Gedenkstättenarbeit bedeuten, ebenso gestellt werden, wie die Frage, welche Anforderungen diese Veränderungen an die Gedenkstätten, an ihre Öffentlichkeitsarbeit sowie an ihre didaktischen und methodischen Konzepte stellen.

Elke Zacharias arbeitet seit 1990 als Historikerin beim Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. und ist seit 1995 Leiterin der Gedenkstätte KZ Drütte.